

Eingangs begrüßte die Vorsitzende Frau Milde, die als Gleichstellungsbeauftragte des Rhein-Sieg-Kreises die diesjährige Arbeit des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt (nachfolgend: Runder Tisch) vorstellen werde.

Unter Verweis auf das den Ausschussmitgliedern vorliegende Handout (Anlage 2) stellte Frau Milde kurz die Ziele des Runden Tisches vor: die Ächtung von häuslicher Gewalt, die Verbesserung des Schutzes, die Etablierung verlässlicher Hilfestrukturen und die Entwicklung von Standards für die Vernetzungsarbeit. Auf der nächsten Seite sei das institutionelle Netzwerk dargestellt, wozu das in der Mitte abgebildete Organisationsteam zähle. Dieses bestehe aus Mitarbeitenden der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser im Rhein-Sieg-Kreis, dem Jugendamt, der Polizei sowie der Kreisgleichstellungsstelle und steuert bzw. koordiniert das Netzwerk. Frau Milde äußerte, es sei erfreulich, dass sich die Arbeit im Netzwerk über die letzten 20 Jahre bewährt habe, was sich beispielsweise anhand der kontinuierlichen Zunahme der proaktiven Beratungen zu häuslicher Gewalt durch die polizeiliche Vermittlung erkennen lasse. Die Beratungen der Frauenzentren Troisdorf und Bad Honnef bei häuslicher Gewalt steigen kontinuierlich, 2022 seien es ca. 250-300 Fälle gewesen. Gleichwohl machte sie auf die Problematik aufmerksam, dass das Thema „häusliche Gewalt“ aufgrund der in den Fällen agierenden unterschiedlichen Institutionen bzw. Professionen auch unterschiedlich betrachtet und angegangen werde. Entsprechend gebe es viele Ansprechpersonen, was insbesondere für die Betroffenen schwer zu greifen sei. Hinzukommend sei aufgrund des Ausscheidens erfahrener Fachkräfte und dem zu verzeichnenden zunehmenden Arbeitsaufkommen mit einem nicht zu unterschätzendem Qualitäts- bzw. Wissensverlust zu rechnen. Diesem Umstand soll zwar mit Schulungen entgegengewirkt werden, allerdings sei die ganz besondere Dynamik häuslicher Gewalt grundsätzlich vielen neuen Fachkräften nicht bekannt. Frau Milde betonte, dass das Organisationsteam weder Unterstützung vom Land noch vom Bund erfahre und vielmehr aus eigenen Kräften heraus agiere. So gebe es keine strategischen Vorgaben und Kontrollen, wie und an welchen Themen gearbeitet werden sollte, z.B. um auch jenen vulnerablen Zielgruppen, wie Frauen mit Behinderung o.ä., besser begegnen zu können. Ein wichtiger Baustein in der Arbeit des Runden Tisches stelle die Istanbul-Konvention dar. Dabei handle es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, der den Schutz von Frauen und Kindern zum Gegenstand habe und als Bundesrecht seit 2018 auch in Deutschland gelte. Frau Milde schilderte, dass Deutschland aufgrund der mangelnden Umsetzung der Istanbul-Konvention im letzten Jahr vom Expertenausschuss des Europarates (Grevis) gerügt worden sei. Dabei gebe es allerdings unterschiedliche Auffassungen darüber, inwieweit dies die regionalen Koordinierungsstellen, zu denen der Runde Tisch zähle, betrifft. U. a. fordere Grevis, die bereits bestehenden Mechanismen zu verstärken und auszubauen, die darauf abzielen, die Koordinierung der auf den verschiedenen Regierungsebenen durchgeführten Maßnahmen zu verbessern, um eine besser strukturierte und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen zu erreichen. Ein enger Austausch mit anderen Kreisen in Nordrhein-Westfalen,

aber auch mit Netzwerken, z.B. der Südpfalz, so Frau Milde weiter, finde bereits statt. Ferner tage im Dezember eine Arbeitsgruppe im Landkreistag, wo u.a. auch auf diese Thematik und auf fehlende Standards hingewiesen werden soll.

Zu den verschiedenen Säulen der Arbeit des Runden Tisches wird auf das beigefügte Handout verwiesen. Im Hinblick auf die Säule „Fortbildungen“ sei hervorzuheben, dass in diesem Jahr mit einer Fachschulung beim Landgericht Bonn zum Thema „häusliche Gewalt“, an dem 15 Familienrichterinnen und Familienrichter teilnahmen, ein Meilenstein erreicht worden sei. Ein grundsätzliches Problem bestehe nämlich darin, dass das Umgangsrecht in den Familiengerichten regelmäßig den Gewaltschutz aushebele, sodass gewalttätigen Vätern häufig später im familiengerichtlichen Verfahren ein Umgangsrecht zugesprochen werde. Hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit verwies Frau Milde auf die den Ausschussmitgliedern ausgehändigte „Notfallkarte“, die durch Landesfördermittel ermöglicht worden sei und die wichtigsten Ansprechpartner für Fälle häuslicher Gewalt beinhalte. Über 10.000 Exemplare werden nun im Rhein-Sieg-Kreis verteilt.

Als Nächstes berichtete Frau Milde über die in diesem Jahr stattgefundenen Veranstaltungen, die dem Handout zu entnehmen seien. Dabei hob sie den am 11.12.2023 geplanten Fachvortrag „Täterstrategien und Perspektiven in der Zusammenarbeit“ mit Roland Hertel, einem erfahrenen Täterberater, besonders hervor. Dieser werde in seinem Vortrag unter anderem über Risikoeinschätzungen anhand von Verhaltensindikatoren von Gefährdern sprechen.

Darüber hinaus verkündete Frau Milde mit Freude, dass das Thema „Orange Bank gegen Gewalt im Rhein-Sieg-Kreis“ weiterhin im Rahmen der Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit vorangetrieben werde und erst mittags eine orange Bank vor dem Amtsgericht in Siegburg aufgestellt worden sei. Hinzukommend beinhalte das Handout ein Foto (rechts), das Frau Milde mit Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern des Carl-Reuther-Berufskollegs und der Gesamtschule Lohmar am Ende einer gemeinsamen Radtour am Weltfahrradtag abbilde, die zwei orange Bänke zum Ziel hatte.

Abschließend bewarb sie die morgige Fotoausstellung „Die Wut ist weiblich“ im Foyer, die mit einer Lesung „Was Männer kosten“ mit Boris von Heesen verbunden sei.

Anschließend dankte die Vorsitzende Frau Milde für den informativen Bericht und das im Laufe der letzten 20 Jahre gezeigte Engagement in der Sache. Sie und ihr Team könne stolz auf die Arbeit des Runden Tisches sein.

Hieran knüpfte KTM Mazur-Flöer an und sprach Frau Milde im Namen aller Anwesenden ihren Dank für die wertvolle Arbeit und den Einsatz aus.

Als Nächstes erkundigte sich SkB Stein danach, ob sich seit der Berichterstattung zur Anonymen Spurensicherung (ASS) in einer der vergangenen Ausschusssitzungen etwas getan hätte. Seinerzeit sei darüber berichtet worden, dass es kaum Ärzte gebe, die diese Art von Untersuchung vornehmen. Frau Milde schilderte, dass das Problem leider fortbestehe und es immer wieder Änderungen bei der Unterstützung durch Kliniken gebe.

Zurzeit habe sich die GFO-Klinik neben Bonner Kliniken zu derartigen Untersuchungen bereit erklärt. Der Arbeitskreis „Opferschutz“ befasse sich seit 2015 regelmäßig mit dem Thema. Perspektivisch seien hier jedoch landesweite Verbesserungen zu erwarten. Auf die zweite Nachfrage hin, was eine Hochrisikogruppe sei, erklärte sie, dass in jedem Einzelfall die Gefährdungslage zu klären sei und damit einhergehend die Unterbringungsmöglichkeit in einem nicht anonymisierten Frauenhaus. So bestehe insbesondere in akuten Trennungssituationen das erhöhte Risiko von sog. Femiziden.

KTM Grünewald schloss sich dem Dank ihrer Vorredner an. Hinsichtlich der Misstände rund um die Umsetzung der Istanbul-Konvention regte sie an, sich die Summe aller Gleichstellungsbeauftragten zu Nutze zu machen und mit einer einheitlichen Strategie an die Landes- bzw. Bundesregierung heranzutreten, um dort Gehör zu erlangen. Darüber hinaus bat sie darum, die niederschweligen digitalen (Beratungs-)angebote weiterhin beizubehalten, da diese während der Pandemie, wahrscheinlich auch aufgrund der gebotenen Anonymität, gerne in Anspruch genommen wurden. Abschließend äußerte sie, die Gleichstellung in der Gesellschaft stelle einen wichtigen Schlüssel dar, um das Thema weiter voranzutreiben. Insofern unterstütze sie die Arbeit des Runden Tisches und begrüße die regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss.

Die Vorsitzende schloss den Tagespunkt, indem sie Frau Milde im Namen aller Anwesenden ihren größten Respekt für ihren Einsatz und die wertvolle Arbeit aussprach.